

Gläsernes Rathaus

- Magazin der linken Gemeinderats- und Kreistagsfraktion

Ausgabe Nr. 8, Januar 2023

www.tuebinger-linke.de



Explodierende Wohnungspreise sind kein Naturgesetz:

Die Mieten müssen runter

Ein Dach über dem Kopf brauchen alle. Aber Wohnen ist heute ein Luxusgut, das sich längst nicht mehr alle leisten können. Und es wird immer teurer. Um das zu ändern, sind alle politischen Ebenen gefordert - Bund, Land und Kommunen. In ihrer Kampagne "Mieten runter" fordert die LINKE in Baden-Württemberg einen Mietenstopp und Mietendeckel. Auch soll das Land 20 000 Wohnungen von der Vonovia zurückkaufen. Die LINKE bereitet einen Volksantrag "Mieten runter" an den Landtag vor. Im Juli soll das Sammeln von Unterschriften beginnen.

Von 2015 bis 2021 stiegen die Preise für neue Mietverträge in Berlin um 44 Prozent, in Heidelberg um 41 Prozent und in München um 31 Prozent. Ein direkter Vergleich mit Tübingen ist schwierig. Der letzte städtische Wohnraumbericht stammt aus dem Jahr 2018. Was das durchschnittliche Mietniveau angeht, ist es laut städtischem Mietspiegel in Tübingen zwischen September 2015 und dem Frühjahr 2020 um gut 10 Prozent gestiegen – deutlich stärker als im Land. Das berichtete das Schwäbische Tagblatt letzten Februar. Der jährliche Anstieg betrug 2,2 Prozent. In ganz Baden-Württemberg stiegen die Kaltmieten in diesem Zeitraum nur um 1,6 Prozent. Die Inflation betrug durchschnittlich 1,1 Prozent pro Jahr.

In Baden-Württemberg liegen 15 der 30 teuersten deutschen Städte. In Vergleichsportalen rangiert auch Tübingen regelmäßig unter den Städten mit den höchsten Mieten bundesweit. Wohnraum ist in Tübingen kaum zu finden – ob sich Studierende oder die Familien von Pflegekräften und Handwerkern auf die Suche machen. Erst recht gibt es kaum Wohnungen, die für Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen bezahlbar sind. Inzwischen gibt die Hälfte der

Menschen in Deutschland über 30 Prozent ihres Einkommens für das Wohnen aus. Jetzt kommen auch noch explodierende Energie- und Lebensmittelpreise dazu.

Doch steigende Mieten und ein aus den Fugen geratener Mietwohnungsmarkt sind kein Naturgesetz. Sie sind die Folge politischer Entscheidungen der Vergangenheit - etwa der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit 1990 oder neuer Steuergesetze, die Spekulation mit Boden und Wohnraum erst lukrativ machten. Auch wurde die Förderung von Sozialwohnungen zurückgefahren. Im Land sank ihre Zahl seit 2002 um 63 Prozent.

Nur ein Bündel von Maßnahmen in Bund, Land und Kommunen kann den Wohnungsmarkt wieder ins Lot bringen. Vor Ort hält es die Tübinger Linke für das Wichtigste, kommunales Wohnungseigentum zu schaffen. Möglichst viele Grundstücke sollen direkt in städtischer Hand bleiben. Wenn die Stadt Grundstücke an Private abgibt, dann grundsätzlich nur in Erbpacht. Die Stadt soll ein Vorkaufsrecht beim Verkauf von Bundes- und Landesflächen, bei neuen Baugebieten und bei Wiederveräußerung von Privaten konsequent nutzen. Ein Mietpreisstopp bei den Kommunalen Wohnungsgesellschaften GWG und Kreisbau würde den Mieter:innen helfen und sich dämpfend auf den örtlichen Wohnungsmarkt auswirken. Bei allen neuen Wohnbauprojekten tritt die Tübinger Linke für eine Quote von mindestens 50 Prozent Sozialwohnungen mit langjähriger Bindung von mindestens 30 Jahren ein. Non-Profit-Projekte wie Genossenschaften und Mietshäusersyndikate sollen dabei bevorzugt beteiligt werden. Im Gemeinderat hat die Tübinger Linke zuletzt auch beantragt, das Instrument des Milieuschutzes zu nutzen.

Inhaltsverzeichnis:

Seite 2: 49-Euro-Ticket? Besser ticketfrei!

Seite 3: Die Landesregierung ist schuld an den GDL-Streiks

Seite 4: Neue Vizepräsidentin der Europäischen Linken aus Tübingen

Die Menschen im Land brauchen sofort Entlastung

Seite 5: Das Bürgergeld-Fiasko: Ältere

Menschen werden völlig ignoriert **Seite 6:** Teilen statt herrschen

Tübinger Linke kritisiert Sparmaßnahmen

ohne Augenmaß

Seite 7: Nachtbeleuchtung: Anfrage der Tübinger Linken an die Kommunalaufsicht Unsere aktuelle Gemeinderatsfraktion

Seite 8: 90 Jahre Mössinger Generalstreik gegen Hitler Eltern und Kinder protestieren im Rathaus



49-Euro-Ticket? Besser ticketfrei!



Wilhelm Bayer, Linke-Stadtrat

Die Tübinger Linke hat im Gemeinderat vier von insgesamt 40 Sitzen. In der "Mittwochspalte" im Schwäbischen Tagblatt schrieb Stadtrat Wilhelm Bayer über die Forderung nach einem ticketfreien Nahverkehr.

Was ist in letzter Zeit dazu nicht alles vorgeschlagen und diskutiert worden. Allen Vorschlägen gemeinsam: Angeblich sollen sie die Bürger entlasten, das Klima retten. Doch gut gemeint ist nicht gut gemacht! Dass der öffentliche Nahverkehr attraktiver werden muss, dass dazu das Tarifwirrwarr beseitigt werden muss, ist überfällig. Aber jetzt ziehen Politiker, die die Probleme jahrelang vernachlässigt haben, hektisch Vorschläge aus dem Hut, um Handlungsfähigkeit in der Krise zu beweisen. Vernünftige Verkehrspolitik steht dabei nicht im Vordergrund. Wenn deren Ziel der Klimaschutz ist, müsste das Wichtigste

doch sein, möglichst viele Pendler zum Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr zu bewegen.

Mit dem 9-Euro-Ticket wurde dieses Ziel nicht erreicht. Es hat immerhin gezeigt, dass Menschen durchaus bereit wären umzusteigen. Aber deutschlandweit mit einem Ticket fahren zu können, hilft vielleicht dem Tourismus, dem Klima sicher nicht. Für Pendler als wichtigster Zielgruppe blieb das 9-Euro-Ticket episodisch, weil nicht auf Dauer angelegt. Das 49-Euro-Ticket ist insofern ein Fortschritt. Aber es ist zweifelhaft, ob wirklich deutlich mehr Pendler umsteigen. Denn es ist schlicht zu teuer für alle Menschen, die kein hohes Einkommen haben. Wir brauchen vor Ort eine bessere Lösung mit nachhaltiger Wirkung.

Öffentlicher Nahverkehr ist Teil der Daseinsfürsorge. Jede/r muss sich eine Fahrt leisten können. Deshalb fordert die Linke schon lange die Einführung des ticketfreien Nahverkehrs, um allen die Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Als einzige Fraktion haben wir im letzten Haushalt Mittel für den ticketfreien TüBus beantragt, ohne Erfolg, unter anderem, weil die gesetzliche Grundlage für eine Umlage fehle. Dass die Landesregierung seit Jahren die Einführung der Mobilitätsumlage verschiebt, ist skandalös. Tübingen kann den ticketfreien TüBus trotzdem umsetzen, die Mittel sind vorhanden.

Es gab einen Antrag mehrerer Fraktionen, für Dezember den ticketfreien TüBus einzuführen. Das wäre ein erster Schritt gewesen. Leider konnte er wegen der schwerfälligen Naldo-Bürokratie nicht umgesetzt werden. Wir werden nicht aufgeben, das 49-Euro-Ticket ist zu teuer. Versprochen, wir beantragen den ticketfreien TüBus im nächsten Haushalt wieder. Das hilft dem Klima und entlastet Menschen mit niedrigem Einkommen wirklich.

Die Landesregierung ist schuld an den GDL-Streiks

DIE LINKE Tübingen solidarisierte sich mit dem Streik der Gewerkschaft der Lokführer (GdL) im Streckennetz der landeseigenen Verkehrsgesellschaft SWEG. Zu dem Tarifkonflikt zwischen der SWEG und der GdL erklärte die Kreissprecherin Gerlinde Strasdeit:

erklärte die Kreissprecherin Gerlinde Strasdeit:

"Es ist unverständlich, warum es die Geschäftsführung der SWEG auch fast ein Jahr nach Übernahme der insolventen Abellio nicht geschafft hat, in einem Betrieb einheitliche Tarifbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Gewerkschaft der Lokführer auszuhandeln. Die GdL war bereit, schon bei Vorlage einer tragfähigen Verhandlungsrundlage auf weitere Streiks in der Vorweihnachtszeit zu verzichten."

Gisela Kehrer-Bleicher, Kreisrätin der Tübinger Linken, kritisiert:

"Durch seine starre Haltung ist der grüne Landesverkehrsminister Winfried Hermann wesentlich verantwortlich dafür, dass die Fahrgäste wieder einmal das



Nachsehen hatten. Eine nachhaltige Verkehrswende braucht gute Arbeitsbedingungen bei den Verkehrsunternehmen.

Offensichtlich versucht die SWEG, auf Kosten der Mitarbeitenden ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und bei der Neuausschreibung der baden-württembergischen Netze mit den Losnummern 1 und 2 zum Zug zu kommen. Das ist ein unwürdiges Verhalten für ein Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft."



Neue Vizepräsidentin der Europäischen Linken aus Tübingen



Claudia Haydt, Vizepräsidentin der Europäischen Linken

Die Tübingerin Claudia Haydt wurde zur Vize-Präsidentin der Europäischen Linken (EL) gewählt. Dazu gratulieren wir ihr. Im November fand in Wien der Kongress von etwa 40 linken Parteien aus allen Teilen Europas statt. Dabei wurde Walter Baier aus Österreich zum neuen Präsidenten gewählt und Claudia Haydt, Landesgeschäftsführerin der LINKEN in Baden Württemberg und ehemalige Stadt- und Kreisrätin in Tübingen, als eine von sechs Vizepräsident:innen.

"Das ist für uns in Tübingen und Baden-Württemberg Rückenwind für die Europawahl 2024. Die Europäische Linke wird bei dieser Wahl eine wichtigere Rolle spielen als früher. Wir werden den Kommunalund Europawahlkampf eng verknüpfen. Wir kämpfen für soziale Kommunen in einem solidarischen Europa", erklären Gerlinde Strasdeit und Fabian Everding für den Kreisverband der LINKEN.

"Das Motto des EL-Kongresses 'Frieden, Brot, Rosen' skizziert die Aufgaben der kommenden drei



Jahre", erklärt Claudia Haydt: "Wir setzen uns ein für ein Ende des Kriegs in der Ukraine und gegen weitere Aufrüstung. Wir kämpfen angesichts enormer Teuerung für eine Umverteilung des Reichtums von oben nach unten. Dabei wollen wir die schönen Seiten des Lebens, Kultur und eine solidarische Gesellschaft in allen Ländern Europas und global erreichen. Kraftvoll und gemeinsam mit progressiven Bündnispartner:innen in Gewerkschaften und Bewegungen."

Es handelt sich bei den Positionen des Präsidenten und der Vizepräsident:innen um ehrenamtliche Funktionen. Deren wichtigste Aufgabe ist es, die Arbeit linker Parteien in den europäischen Regionen miteinander zu vernetzen.

Die Menschen im Land brauchen sofort Entlastungen!

Die LINKE in Baden-Württemberg hat ein 10-Punkte-Programm vorgelegt. Sie fordert, Menschen mit mittlerem und niedrigerem Einkommen gezielt zu entlasten. Sie sind es, die ganz besonders unter explodierenden Energiepreisen und hoher Inflation leiden. Das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung reicht nicht, um die Belastungen abzufedern. Die steuerrechtlichen Änderungen kommen ganz überwiegend hohen Einkommen zu Gute. Große Konzerne, die aus dieser Energie-Krise Kapital schlagen konnten, werden nicht angerührt. Es gibt keine Übergewinnsteuer, keinen Schutzschirm für die Kommunen, keine echte Entlastung für Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen – das ist das traurige Fazit von inzwischen drei Entlastungspaketen.

Die LINKE fordert für Baden-Württemberg ein eigenes Entlastungspaket, wie es das rot-rot-grün regierte

Land Berlin vorgemacht hat - vom 9-Euro-Ticket für Menschen mit wenig Einkommen über einen Kündigungs- und Mietenstopp für kommunale Mieterinnen und Mieter bis zu weiteren Energiehilfen. Das kann Baden-Württemberg auch.

Hier unsere Forderungen:

Kinder in der Krise schützen, Familien entlasten

1. Kitagebühren abschaffen und kostenfreies Mittagessen in allen Schulen und Kitas.



Mieten runter

- 2. Wohnen in die öffentliche Hand: Rückkauf der 20.000 Vonovia-Wohnungen.
- 3. Kündigungs- und Mietenstopp für kommunale Mieterinnen und Mieter.
- 4. Baden-Württemberg setzt sich für bundesweiten Mietenstopp ein.

Schutzschirm für Menschen und Kommunen

- 5. Kein Frieren im Winter: Energie- und Stromsperren sowie Zwangsräumungen werden durch einen sozialen Energiefonds verhindert und ein Nothilfeprogramm für kommunale Energieversorger, Schulen, Kitas und Krankenhäuser aufgesetzt.
- 6. Sozial beginnt vor Ort: Es braucht einen Schutzschirm für die Kommunen, um soziale Hilfsangebote, Sport, Kultur und Vereine finanziell abzusichern.

Gute Arbeit

7. Fairer Lohn: 13,50 Euro Mindestlohn bei allen öffentlichen Aufträgen.

Verkehrs- und Energiewende umsetzen

- 8. Verkehrswende jetzt: Einführung eines landesweiten ÖPNV-Klimatickets für 1 Euro am Tag. Schüler:innen, Azubis, Studierende, Rentner:innen und Menschen mit niedrigen Einkommen fahren ticketfrei.
- 9. Energiewende jetzt: Ausbau erneuerbarer Energien in öffentlicher und Bürger:innenhand.

Gerechte Finanzierung

10. Weg mit der Schuldenbremse in der Landesverfassung! Baden-Württemberg setzt sich für gerechte Besteuerung hoher Vermögen und eine echte Übergewinnsteuer auf Bundesebene ein. Wir setzen uns für eine einmalige Vermögensabgabe für Superreiche ein.

Das Bürgergeld-Fiasko: Ältere Menschen werden völlig ignoriert



Jessica Tatti, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der LINKEN

Im November wurde das "Bürgergeld"-Gesetz verabschiedet. Nach dem zähen Ringen zwischen Ampel und Union bleibt von der "größten Sozialreform seit 20 Jahren" (Bundesarbeitsminister Hubertus Heil) nicht mehr allzu viel übrig – etwa ein notdürftiger Inflationsausgleich und die Einführung einer Schonfrist für Neubezieher bei den Wohnkosten und beim Vermögen. Menschen in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, also bei der kommunalen Sozialhilfe, bleiben vergessen im Schatten.

In der von der Union angezettelten Sozialneid-Debatte ging es mal wieder um "unwürdige" Arme, die auf Kosten der Kassiererin und der Putzkraft faulenzen würden. Kein niederträchtiges Klischee, das nicht aus der Mottenkiste hervorgeholt wurde! Kein Wunder also, dass die Lebenssituation gerade von Älteren mit kleinen Renten und chronisch kranken Menschen völlig ignoriert wurde, die auch von denselben Sätzen wie Hartz-IV-Empfänger leben müssen. Massiv gestiegene Warmmieten, explodierende Kosten für Strom und Lebensmittel – und dann noch

nicht mal ein voller Inflationsausgleich: Seit 2021 sind die Preise Stand Oktober um 14,3 Prozent gestiegen. Die Regelsatzerhöhung ab Januar ist schon heute unzureichend!

Menschen in der Sozialhilfe trifft das sogar noch härter als diejenigen in Hartz IV: Sie sind meist öfter zu Hause und haben höhere Wärmebedarfe. Aufgrund ihres Alters oder ihrer Krankheiten können sie nicht Vollzeit arbeiten gehen, maximal wenige

Stunden in meist mies bezahlten Aushilfsjobs. Der Lohn als Hohn: Noch weniger Freibeträge als bei Hartz IV. Eine Rentnerin, die in einem Privathaushalt putzt und vielleicht 150 Euro dazu verdient, darf davon 45 Euro behalten, 105 Euro werden von der Sozialhilfe abgezogen. Wäre sie in Hartz IV, könnte sie 110 Euro behalten - weit mehr als doppelt so viel. Vergleichbare Gemeinheiten gibt es übrigens bei der Vermögensanrechnung.

Das ist doch eine Schande: Warum unterliegen diejenigen, die aufgrund einer chronischen Erkrankung oder ihres Alters dauerhaft ausgegrenzt sind, noch härteren Vorschriften? Als LINKE treten wir dafür ein, dass die Anrechnungen in der Sozialhilfe nicht krasser sein dürfen als bei Hartz IV. Wir sind dafür, dass die höheren Alltagsbedarfe, etwa bei den Energiekosten, durch einen einfachen Zuschlag auf die Regelsätze berücksichtigt werden. Wir dürfen jetzt nicht zulassen, dass sich die Ampel nach dem Bürgergeld-Debakel ermattet und zufrieden in die Kissen zurücklehnt und Sozialpolitik einfach als erledigt abhakt.

Teilen statt Herrschen



Kreisrätin Margrit Paal

Die Linke ist im Kreistag des Landkreises Tübingen mit fünf von 67 Mandaten vertreten. Bei den Haushaltsverhandlungen im Dezember setzten wir uns für eine Senkung der Schülerfahrpreise ein und für einen höheren Zuschuss für das Mensaessen in kreiseigenen Schulen. Auch die Themen Ausbildungsoffensive und Notfalltopf für soziale Härtefälle brachten wir ein. Leider fanden die Anträge keine Mehrheit. In ihrer Tagblatt-Kreisecke bilanzierte die Fraktionsvorsitzende Maggie Paal die Beratungen.

"Mir gäbbet nix – sonst muss die kommunale Familie Flöte auf dem Marktplatz spielen, um finanziell über die Runden zu kommen! Die Freien Wähler waren bei der Haushaltsberatung in Endzeitstimmung. Die Kreisumlage, das ist die Abgabe der Gemeinden an den Landkreis zur Finanzierung gemeinsamer sozialer Aufgaben, wurde wie der Ring des Golum gehegt und gepflegt.

Anträge der Tübinger Linken wurden links liegen gelassen. Kein Notfalltopf für Energieschulden, kein Schülerticket für 20 Euro, nix Zuschuss für das Mensaessen in den Berufsschulen. Laut SPD ist die Essensqualität zu schlecht, um sie als Kreistag zu fördern. So isch's recht, die Azubis sollen das schlechte Essen ruhig selber zahlen!

Dafür bleibt uns die grüne Energieberatung für arme Menschen erspart: Woran sollen sie denn noch sparen? Besser als ein "Beratungsangebot" wäre, das Wohnen im Passivhaus zum Standard für alle zu machen und im Bedarfsfall den dringend benötigten Kühlschrank direkt zu finanzieren.

2007 auf dem Finanzmarkt eingeläutet, ist der Krisenmodus Dauerzustand: Eurokrise, Flüchtlingskrise, Klimakrise, Coronakrise und nun Krieg und Energiekrise. Die politischen Rezepte dagegen sind die gleichen: Den Gürtel enger schnallen, wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, anderen geht es viel schlechter und, neuerdings modern: "Verzicht ist gelebte Solidarität"

Aber Achtung: Hier gilt das Matthäus-Prinzip "Denn wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe; wer aber nicht hat, dem wird auch das genommen, was er hat". Zwar gibt es einen Flickenteppich von Sozialleistungen, aber auch an ihnen verdienen so manche: Das Wohngeld subventioniert hohe Mieten, und das "Aufstocken" subventioniert Niedriglöhne. Das sind kapitalistische Parallelwelten zwischen Wohngeldantrag, Tafelschlange und Villa mit beheiztem Swimmingpool sowie Kurztrip ins Weltall.

Es ist an der Zeit, dass wir von den Reichen nicht das Sparen lernen – sondern sie das Teilen lehren. Wie handlungsfähig ein Staat ist, zeigt sich an der Fähigkeit, ein gerechtes und ehrliches Steuersystem einzuführen. Sogar im Krieg ist die kapitalistische Konstante gewahrt. Die einen verdienen an Waffenlieferungen und sonstigen Geschäften, die anderen bezahlen es durch erschwerte Lebensbedingungen oder gar mit ihrem Leben an der Front. Auch deswegen müssen wir den Frieden gewinnen, nicht den Krieg."

Tübinger Linke kritisiert Sparmaßnahmen ohne Augenmaß

Keine Frage: Energiesparen ist wichtig. Es darf aber nicht auf Kosten der Gesundheit und Sicherheit von Menschen gehen. Die Straßenverdunklung in Tübingen muss zurückgenommen werden, um gefährdete Personengruppen zu schützen. Um diese Forderung zu unterstreichen, hat die Tübinger Linke eine Anfrage an die Kommunalaufsicht des Regierungspräsidiums gestellt.

"Die Verdunklungsmaßnahmen gefährden alle, die nachts oder in Frühschicht arbeiten. In Tübingen sind das ziemlich viele", betont Fabian Everding vom Kreisvorstand der LINKEN. "Wer sich im Dunkeln nicht mehr heraustraut, muss eben vorher nach Hause kommen", hatte Oberbürgermeister Boris Palmer auf Kritik geantwortet. "Das ist ein praktischer Tipp für alle, die in einer unbeleuchteten Gegend mehr Angst haben als ein mittelalter weißer Mann", kommentiert Everding: "Maßnahmen, die alle betreffen, sollten nicht die Bedürfnisse eines Großteils der Bevölkerung übergehen."

"Vor dem Entschluss, die nächtliche Beleuchtung zeitweise abzuschalten, wurde der Gemeinderat per Verwaltungsbericht ohne die übliche Frist informiert", kritisiert Gerlinde Strasdeit, Stadträtin und Sprecherin des Kreisvorstands der LINKEN. Die Ratsfraktionen durften zwar ihre Meinung sagen, hatten aber nichts zu entscheiden. Die Linke-Fraktion fordert deshalb, dass die Maßnahmen im Gemeinderat neu beraten und nach einer qualifizierten Risikoabschätzung einzeln abgestimmt werden. "Die kommunale Demokratie darf nicht per Notstandsorder des OB abgeschaltet werden", sagt die Stadträtin, die von zahlreichen Beschwerden berichtet.

Überdies: "Die Absenkung der Wassertemperatur in den Bädern auf 25 Grad ist ein Problem für Kinder, die erst schwimmen lernen", gibt Frederico Elwing, Stadtrat und Vorstand der Wählervereinigung Tübinger Linke, zu bedenken. Laut DLRG sollte das Wasser für Schwimmkurse mindestens 26 Grad warm sein. Der Ausbildungsstau aus der Zeit der Corona-Pandemie sei noch nicht abgebaut. Auch für Ältere oder Therapie-Angebote etwa der Rheuma-Liga sei das Wasser einfach zu kalt. Die Tübinger Linke fordert, Energiesparmaßnahmen zu unterlassen, die ganze Personengruppen gefährden.

Nachtbeleuchtung: Anfrage der Tübinger Linken an die Kommunalaufsicht

In einem Brief der Gemeinderatsfraktion an das Regierungspräsidium stellen wir folgende Fragen:

- 1. Teilt die Kommunalaufsicht die Auffassung des Verkehrsministeriums, dass die nächtliche Abschaltung von Straßenbeleuchtungen an Fußgängerüberwegen rechtswidrig ist?
- 2. Gilt die R-FGHÜ 2001 auch in Tübingen. Darf die Verwaltung diese außer Kraft setzen oder ignorieren?
- 3. Wenn es zutrifft, dass Lichtabschalt-Maßnahmen ganz oder zum Teil rechtswidrig sind, welche Schritte folgen daraus aus Sicht der Kommunalaufsicht?
- 4. Wer haftet, wenn aufgrund einer rechtswidrigen nächtlichen Licht-Abschaltaktion Menschen zu Schaden kommen?
- 5. Sieht es die Kommunalaufsicht als verhältnismäßig an, dass Nacht- und Frühschichtbeschäftigte unter der Woche benachteiligt sind gegenüber Menschen, die sich am Wochenende, in den sogenannten "Ausgehnächten", zu Freizeitzwecken nachts im Freien aufhalten?
- 6. Teilt die Kommunalaufsicht die Rechtsauffassung des Tübinger Oberbürgermeisters, wonach die Verwaltung und nicht der Gemeinderat über die städtischen Energiesparmaßnahmen zu entscheiden hat?



Unsere aktuelle Gemeinderatsfraktion

Gerlinde Strasdeit

Funktionen: Fraktionsvorsitzende, Ältestenrat, Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales, Verwaltungsausschuss, Ausschuss zur Fortschreibung des Klimaschutzprogramms, Personalkommission, Immobilienkommission, Verbandsversammlung Zweckverband Regionalstadtbahn Neckar-Alb, Aufsichtsrat Stadtwerke Tübingen GmbH, Aufsichtsrat Altenhilfe Tübingen gGmbH, Beirat Luise-Wetzel-Stift Frederico Elwing

Funktionen: Ortsbeirat Lustnau, Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung, Aufsichtsrat TüBus GmbH, Aufsichtsrat Gesellschaft für Wohnungsund Gewerbebau Tübingen mbH (GWG), Ausschuss zur Fortschreibung des Klimaschutzprogramms, Kommission für Universitätsangelegenheiten

Gitta Rosenkranz

Funktionen: Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales, Nachlasskommission, Integrationsrat, Aufsichtsrat Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Tübingen mbH (GWG), Aufsichtsrat Wirtschaftsförderung Tübingen GmbH (WIT), Beirat Jugendzentrum Epplehaus e.V.

Wilhelm Bayer:

Verwaltungsausschuss, Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung, Nachlasskommission Aufsichtsrat Wirtschaftsfördrung Tübingen GmbH (WIT), Wirtschaftliche Zusammenarbeit Reutlingen/ Tübingen, beratendes Gremium (stv. Mitglied) Nachbarschaftsverband Reutlingen/Tübingen; Verbandsversammlung (stv. Mitglied)

Impressum

Gemeinderats- und Kreistagsfraktion der Tübinger Linken. Adresse: Linke-Fraktion Am Markt 1, 72070 Tübingen Email: info@die-linke-tuebingen.de V.i.S.d.P: Gerlinde Strasdeit www.tuebinger-linke.de

90 Jahre Mössinger Generalstreik gegen Hitler und den Krieg

Unter der Losung "Heraus zum Massenstreik!" folgten am 31. Januar 1933 achthundert Arbeiterinnen und Arbeiter dem Aufruf der Kommunistischen Partei zum Generalstreik gegen die Machtübertragung an Hitler. Gemeinsam zogen Gewerkschafter, Mitglieder von SPD und KPD durch Mössingen. So früh und so einhellig wie hier regte sich nirgendwo im Land der Protest gegen die Nazidiktatur.

Zum 90. Jahrestag hat ein Bündnis von VVN-BdA, DGB, verdi, IG Metall und GEW für Samstag, 28. Januar 2023, 14 Uhr auf dem Mössinger Rathausplatz

zu einer Demonstration mit Abschlusskundgebung vor der Langgass-Turnhalle zur Erinnerung an die mutigen Frauen und Männer aus dem Steinlachtal aufgerufen. Weitere Organisationen und Einzelpersonen unterstützen den Aufruf - unter ihnen die Tübinger Linke und die Linke im Steinlachtal. Auch die Bundestagsabgeordnete Jessica Tatti und Stadt- und Kreisrätinnen der Linken sind dabei.

Mitwirkende an dem Gedenken sind die Landesvorsitzende der VVN-BdA Ilse Kestin, der Vorsitzende des DGB Baden-Württemerg Kai Burmeister, der Arbeitsrechtler Dr. Wolfgang Däubler sowie das Theater Lindenhof und der Ernst-Bloch-Chor.

Im Aufruf heißt es unter anderem: "Auch in den heutigen Zeiten sozialer und ökologischer Krisen gefährdet Rechtsextremismus unsere Demokratien. In diesen Krisen wachsen Neofaschismus, Verschwörungsglaube und Rechtspopulismus... Nationalistische Mobilisierungen von AfD und anderen rechten Rattenfängern führen uns sicher nicht



aus der Krise!

"Illegal" wäre die damalige Aktion in Mössingen auch heute. Politische Streiks gelten immer noch als rechtswidrig. Aber ohne Mut zum zivilen Ungehorsam kann man sich weder einer Diktatur noch massiver Aufrüstung oder globaler kapitalistischer Zerstörung entgegenstellen. Deshalb braucht es auch den politischen Streik ... In Tarifkämpfen und bei Sozialprotesten geht es immer und gerade jetzt darum, die Abwälzung der Krisenlasten auf die Beschäftigten und sozial Schwachen aufzuhalten...

Bleiben wir den Streikenden von 1933 verpflichtet! Erinnern wir uns an sie, wenn uns heute gesagt wird, es gebe keine Alternative zu den Zwängen einer globalen Marktwirtschaft, zu Konkurrenz und Ausbeutung.

Für eine solidarische Lösung der Klima-, Energie- und Ausbeutungskrise!

Für eine Demokratisierung der Wirtschaft! Nie wieder Faschismus und Krieg!" **Gisela Kehrer-Bleicher, Kreisrätin der Tübinger Linken**

Eltern und Kinder protestierten im Rathaus

Die dauerhafte Reduzierung der Öffnungszeiten in Kitas ist keine Lösung des Fachkräftemangels. Das war am 12. Januar die Botschaft des Tübinger Gesamtelternbeirats, als mehre hundert Kinder und Eltern vor und im Rathaus auf ihre Situation aufmerksam machten. Es müsse endlich Geld in die Hand genommen werden um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Die Gewerkschaft Ver.di schlug bereits mehrmals Alarm und sandte SOS-Signale an

den Landtag. Es drohe eine De-Qualifizierung im frühkindlichen Bildungsbereich. Die Pandemie hat Missstände sichtbar gemacht, die bereits lange vorhanden waren. Was macht das Land? Im Herbst 22 senkte die Landesregierung den Personalschlüssel und es sind jetzt mehr Kinder pro Gruppe. Auch in den Tübinger Kitas sollen die Öffnungszeiten deutlich verkürzt werden. Nur noch in zwei Kitas besteht ein Angebot von 7.30 bis 17.30 Uhr. Das ist ein Schlag gegen den



Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Die Tübinger Linke kritisierte schon vor Jahren, dass Verfügungszeiten und damit Stellen gekürzt wurden, die heute dringend fehlen. Der Fachkräftemangel im Land ist hausgemacht. Wir brauchen eine Ausbildungsoffensive sowie bessere Bedingungen und höhere Tarife für Erzieher:innen.